

## **Bericht aus dem Gemeinderat Gemeinderatssitzung vom 19.10.2021**

### **Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 21.09.2021**

Einstimmig genehmigt hat der Gemeinderat die Niederschrift aus der vorangegangenen öffentlichen Sitzung vom 21.09.2021.

### **Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung am 21.09.2021**

Wie der Bürgermeister bekannt gab, wurden in der vorangegangenen Sitzung am 21.09.2021 in der nichtöffentlichen Sitzung keine Beschlüsse gefasst.

### **Neue Ortsmitte Neuthard**

#### **- Vorstellung städtebauliche Planung**

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren Frau Wiesehügel und Herr Wild vom Architekturbüro bhm anwesend und stellten dem Gemeinderat anhand einer PowerPoint-Präsentation das städtebauliche Konzept für die Ortsmitte Neuthard vor. Mit der geplanten Auslagerung der Verwaltung aus dem Rathaus Neuthard und der Verlagerung der Feuerwehr aus dem bisherigen Feuerwehrhaus ins neu gebaute Feuerwehrhaus „Im Entenfang“ wurde das Büro Bresch Henning Mühlinghaus (bhm) mit einem städtebaulichen-stadtplanerischen Gestaltungskonzept für die Ortsmitte Neuthard beauftragt. Ziel war es einen städtebaulichen Ansatz für die Ortsmitte nach dem Abriss der ehemaligen Gaststätte „Traube“ sowie der Umnutzung des Rathauses Neuthard und des Feuerwehrhauses in Neuthard zu finden. Darüber sollte ein freiraumplanerischer Ansatz für die Flächengestaltung rund um das Rathaus entwickelt werden, in dem künftig neben den Fraktionen die Kleinkindbetreuung der Gemeinde Karlsdorf-Neuthard ihr neues zu Hause finden soll. Nachdem dem Technischen Ausschuss erste Ergebnisse bereits präsentiert wurden, haben die Planer die in der Technischen Ausschuss Sitzung gewonnenen Erkenntnisse eingearbeitet und stellten nun dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit anhand einer PowerPoint-Präsentation ihre städtebauliche Konzeption vor. Man sei darüber hinaus mit den Eigentümern rund um das Rathaus im Gespräch um neben den zum Verkauf stehenden Gebäudekomplex der früheren Gaststätte „Engel“ noch weitere Grundstücke in die Konzeption mit einzubeziehen. Ziel sei es, eine lebendige Ortsmitte von Neuthard zu schaffen, so der Bürgermeister. Hierzu seien bereits Gespräche mit Ärzten und verschiedenen Gewerbetreibenden geführt worden, um dem Ziel der Schaffung einer lebendigen und für die Bevölkerung zudem auch attraktiven Ortsmitte näher zu kommen. Neben belebenden gewerblichen und freiberuflichen Angeboten soll in der Ortsmitte auch die Möglichkeit für neuen und attraktiven Wohnraum geschaffen werden, so der Bürgermeister. Vom Gemeinderat wurde die Konzeption des Architekturbüros grundsätzlich begrüßt. Angetan war man fraktionsübergreifend vom Umgang der Planer mit der vorhandenen Bausubstanz und dem gelungenen Wechsel zwischen Freiräumen und geplanten Gebäuden im zentralen Bereich um das Rathaus. Ein grundsätzliches Problem bzgl. der Positionierung von geeigneten Stellplätzen muss nun im Rahmen der Freiraumplanung geklärt werden, so Bürgermeister Weigt. Vom Gemeinderat erging daher einstimmig die Bitte an die Verwaltung, ein entsprechendes Honorarangebot beim Büro bhm für diese Freiraumplanung und die anschließende Weiterentwicklung der städtebaulichen Konzeption einzuholen. Hierüber wird im Rahmen der weiteren Beratungen im Gemeinderat an dieser Stelle im Amtsblatt berichtet werden.

### **Wohngebiet „Gredler-Areal“**

#### **- Abgrenzung des Gebiets**

#### **- Vorstellung des städtebaulichen Entwurfs**

Die Firma Gredler beabsichtigt ihren Firmensitz zu verlagern. Die derzeit an der Waldstraße als Gewerbefläche genutzte Fläche soll in dringend benötigte Wohnbauflächen umgewandelt werden. Gleichzeitig besitzt die Gemeinde Karlsdorf-Neuthard auf der Ostseite des Plangebiets ein gemeindeeigenes Grundstück, welches in das Plangebiet zur Schaffung von dringend benötigten Wohnraum einbezogen werden soll. Auch westlich des bisherigen Betriebsgeländes „Gredler“ soll das dort angrenzende Grundstück mit in die Abgrenzung des

künftigen Wohngebietes mit einbezogen werden. Ein erster städtebaulicher Entwurf mit Abgrenzung für einen möglichen Bebauungsplan zur Schaffung von insgesamt 99 Wohneinheiten wurde dem Gemeinderat jetzt in der Sitzung erstmals öffentlich vorgestellt. Insgesamt sollen im Gebiet sieben Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 77 Wohnungen geschaffen werden. Hinzu kommen 10 Reihenhäuser, 8 Doppelhaushälften und 4 Kettenhäuser, welche eine harmonische Gestaltung des Gebiets ergeben. Der Entwurf wurde dem Gemeinderat in der Sitzung durch Herrn Jürgen Machmeier von der Fa. M & M Bau präsentiert, welche neben der Fa. Gredler ebenfalls als Investor für die Entwicklung des Gebietes auftritt. Verkehrsrechtliche Fragen wurden vom beauftragten Verkehrsplaner, Herrn Dr. Gericke und von Herrn Decker von der Straßenverkehrsbehörde im Landratsamt Karlsruhe fachkundig beantwortet.

Mit der gewählten Verdichtung von etwas über 108 Einwohnern je Hektar folge man, so Bürgermeister Weigt den Vorgaben des Regionalverbands und der Landesregierung mit dem Grundsatz des flächensparenden Umgangs mit der immer knapper werdenden Ressource Bauland. So werde künftig bei Bebauungsplänen eine Mindestverdichtung von 60 Einwohnern je Hektar verpflichtend vorgeschrieben. Mit der jetzt gewählten Verdichtung bleibe man noch weit unter den Verdichtungsgraden von vergleichbaren städtischen Gebieten, so BM Sven Weigt. Gleichzeitig bleibt man aber auch dem Grundsatz der Innenentwicklung treu, was eine Schonung von wertvollen Außenortsflächen bedeutet, so der Bürgermeister. Im vorliegenden Falle werde es zudem im Vergleich zur bisherigen Situation zu einer Entsiegelung von Flächen kommen, wie Herr Machmeier hinweist. Das Wohnbaugebiet soll über eine Linksabbiegespur von der Kreisstraße verkehrstechnisch angeschlossen werden. Zuvor war in mehreren Gesprächsrunden gemeinsam mit Verkehrsplanern und den Fachbehörden des Landratsamtes ein Kreisverkehrsplatz an der Stelle verworfen worden, da ein Kreisverkehrsplatz gegenüber einer Linksabbiegespur keinerlei Vorteile gebracht hätte und der Flächenverbrauch für einen Kreisverkehrsplatz an dieser Stelle immens hoch gewesen wäre. Mit der Linksabbiegespur und einer vorangehenden Verschwenkung mit Fahrbahnteiler wird, so Verkehrsplaner Dr. Gericke, eine erhebliche Bremswirkung auf den Innerorts rollenden Verkehr ausgeübt, so dass mit der Linksabbiegespur auch das Problem der hohen Geschwindigkeiten an der Ortseinfahrt von Neuthard gemildert werden kann. Übereinstimmend war man sich im Gemeinderat darin einig, dass mit der vorliegenden Plankonzeption und der geplanten Linksabbiegespur eine Verbesserung der Ortseingangssituation und damit eine Verschönerung des Ortseingangs in Neuthard erfolgen wird. Einstimmig wurde daher der städtebauliche Entwurf gutgeheißen und die Verwaltung beauftragt auf der Grundlage des vorliegenden städtebaulichen Entwurfs ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten. Hierzu wird die Verwaltung nun einen Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplanverfahren vorbereiten, der in einer späteren Sitzung vom Gemeinderat dann noch formell gefasst werden muss. Hierüber wird an dieser Stelle im Amtsblatt weiterhin berichtet werden.

### **Neufassung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Karlsdorf-Neuthard mit Abteilungen (Feuerwehrsatzung)**

Der Gemeinderat hat einstimmig die Neufassung der Feuerwehrsatzung für die freiwillige Feuerwehr Karlsdorf-Neuthard gebilligt. Die Satzung wird nun öffentlich bekannt gemacht und tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die bisher geltende Fassung der Satzung außer Kraft treten. Die Neufassung der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr wurde u.a. notwendig, um die Feuerwehr und deren Gremien auch in Zeiten von Pandemien handlungsfähig zu halten. Hierzu wurde die Möglichkeit der Abhaltung von Gremiensitzungen etc. auch außerhalb von Präsenzsitzungen in die Satzung neu aufgenommen.

### **Straßenbeleuchtungskonzept - Grundsatzbeschluss zur Finanzierung**

Mit seinem Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2019 hat der Gemeinderat den Betriebsführungsvertrag mit der Netze BW für die Straßenbeleuchtung in Karlsdorf-Neuthard

verlängert. Dabei wurde festgelegt, dass mittel- und langfristig alle Leuchten in Karlsdorf-Neuthard auf Energie schonende und Klimafreundliche LED-Leuchten umgestellt werden. Bei dem damals gewählten Leuchtenkonzept wurden die Leuchtmittel bereits ausgewählt. Da mittlerweile feststeht, dass die „Altenbürg-Leuchte“ nicht mehr hergestellt wird und damit für eine Umrüstung nicht mehr in Frage kommt, musste das Beleuchtungskonzept umgestellt werden. Abweichend vom beschlossenen Leuchtenkonzept schlägt die Verwaltung vor, in der Amalienstraße am Kreisverkehr vor dem Rathaus Karlsdorf bis zur Kirche St. Jakobus anstatt der beschlossenen technischen Beleuchtung (SL11) die Bega-Stelen-Leuchte zu verbauen. Die hierfür entstehenden Mehrkosten liegen bei ca. 38.071,61 € brutto. Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit LED-Leuchtmitteln wird bis zum 31.12.2021 mit 30 % der förderfähigen Kosten bezuschusst. Ab dem 01.01.2022 beträgt die Förderung nur noch 20 % der Kosten. Durch eine Beauftragung der Umrüstung auf LED in einem Zug beläuft sich die Ersparnis damit auf ca. 105.000,- € brutto. Hinzu kommen Ersparnisse im ersten Jahr nach der Umrüstung durch den Stromverbrauch von ca. 25.000,- €/brutto/Jahr sowie den geringeren Wartungsaufwand (ca. 15.000,- €/brutto/Jahr). Der Gemeinderat hat daher die Verwaltung einstimmig mit der Antragsstellung zur Förderung zur Umrüstung auf LED beauftragt und das technische Bauamt mit der Beauftragung eines geeigneten Unternehmens zur Durchführung der Umbaumaßnahmen, ermächtigt.

### **Prüfung der Bauausgaben Gemeinde Karlsdorf-Neuthard 2015 – 2019**

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) ist gem. § 113 Abs. 1, Satz 1 der Gemeindeordnung für die überörtliche Prüfung der Gemeinden zuständig. Von Dezember 2020 bis Februar 2021 wurde durch die GPA eine Prüfung der Bauausgaben der Gemeinde Karlsdorf-Neuthard für die Jahre 2015-2019 vorgenommen. Gem. den Vorschriften der Gemeindeordnung ist der Gemeinderat über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts zu unterrichten. Dies erfolgte in der Sitzung mit der Bekanntgabe des Kapitel 2 des Prüfungsberichts. Wie der Bürgermeister hinwies handelt es sich um einen guten Prüfungsbericht. Die Prüfungsbemerkungen sind im Verhältnis zu den umgesetzten Maßnahmen eher gering so der Bürgermeister. Die von der Gemeindeprüfungsanstalt ermittelten Überzahlungen in Höhe von ca. 17.500 € werden nun von der Verwaltung von den Unternehmen bzw. den Planungsbüros zurückverlangt. Einzelne Rückforderungen wurden bereits getätigt oder von den Unternehmen bereits zugesagt, so der Bürgermeister. Notfalls müsste zur Umsetzung der Rückforderungen eventuell auch ein Anwalt eingeschaltet werden, wenn eine freiwillige Rückerstattung scheitern sollte. Über den Abschluss der Abarbeitung der Bemerkungen im Prüfbericht wird wiederum der Gemeinderat unterrichtet werden, so der Bürgermeister.

### **Volkshochschule Bruchsal**

#### **- Neufassung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der**

Der Gemeinderat hat einstimmig der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Volkshochschule Bruchsal zugestimmt. Diese Zustimmung ist nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (GkZ) notwendig und muss vom Gemeinderat vorgenommen werden. Die Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung war, ähnlich wie die Neufassung der Feuerwehrsatzung, vorgenommen worden, um die Gremien der Volkshochschule auch im Pandemiefall durch Online-Sitzungen beschlussfähig zu halten.

### **Haus am Mühlenplatz**

#### **- Fenster im Treppenhaus**

Bei einer Begehung im Jahr 2020 wurde festgestellt, dass der Fensterrahmen auf der Rückseite des Hauses am Mühlenplatzes beschädigt ist und ausgetauscht werden muss. Mittlerweile wurde hierfür ein Angebot bei sechs Unternehmen eingeholt. Das wirtschaftlichste Angebot der Firma Leicht Fenster und Türen GmbH schließt mit einer brutto Endsumme in Höhe von 34.193,91 € brutto ab. Der Austausch des Fensters wird notwendig um Folgeschäden am Gebäude durch eindringendes Wasser etc. zu vermeiden. Einstimmig hat daher der Gemeinderat den Auftrag zur Erneuerung des Fensters mit Einbau eines Dreh-

Kipp-Flügels zugestimmt und die Firma Leicht zum Angebotspreis in Höhe von 34.193,91 € brutto mit der Durchführung der Maßnahme beauftragt.

### **Informationen und Fragen zu Gemeindeangelegenheiten**

Bei Informationen und Fragen zu Gemeindeangelegenheiten gab der Bürgermeister bekannt, dass mittlerweile das Artenschutzgutachten für das Altenbürgzentrum vorliegt. Das Artenschutzgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Verlagerung des FC Germania Karlsdorf die ursprünglich vorgesehenen Standorte für die Spielfelder und eines neuen Sporthauses im Altenbürgzentrum aus Artenschutzgründen nicht verwirklichtbar sind. Lediglich auf der Westseite des bestehenden Hundeparkes bestünde die Möglichkeit zur Schaffung eines kleineren Spielfeldes. Damit, so der Bürgermeister müsse nun festgestellt werden, dass eine Verlagerung des FC Germania Karlsdorf ins Altenbürgzentrum nicht in Frage kommt. Die mögliche Aussiedlung des FC Germania war von Anfang an unter dem Genehmigungsvorbehalt gestellt worden, so der Bürgermeister. Aus diesem Grund hatte man im Frühjahr ein Fachbüro mit einer artenschutzrechtlichen Prüfung beauftragt, um die generelle Machbarkeit des zuvor ausgearbeiteten Konzepts zu überprüfen. Mit dem jetzt vorliegenden Gutachten ist dieses Konzept zur Aussiedlung des FC Germania gescheitert, so der Bürgermeister (sh. hierzu den ausführlicheren Bericht im weiteren redaktionellen Teil dieses Amtsblattes). Die Hochwertigkeit der Flächen in Bezug auf den Artenschutz und den darin vorkommenden Arten haben letzten Endes überrascht, so der Bürgermeister denn die Artenvielfalt und die Vielfalt der Lebensräume in und um das Altenbürgzentrum sei ungewöhnlich hoch, wie der Verwaltungschef betont.

Mit dem Hinweis auf die sehr hochwertigen Flächen rund um die Altenbürghalle schlug der Bürgermeister den Bogen zu der in dieser Woche neu aufgetauchten Diskussion bzgl. dem Verlauf einer Güterverkehrsstrecke zwischen den Ortsteilen Karlsdorf und Neuthard. Der Bürgermeister gab sich kämpferisch, dass eine solche Streckenführung absolut nicht vorstellbar sei, nachdem die Bahn AG am vergangenen Freitag entgegen den vorher festgelegten Grobkorridoren nun doch wieder eine Streckenführung zwischen den Ortsteilen ins Gespräch gebracht hatte. Die zwischen den Ortsteilen verlaufende Grünzäsur sei, so der Bürgermeister bisher bei allen Planungen geschützt worden. Nachdem die Bahn nun am vergangenen Freitag wieder eine Linienführung durch Karlsdorf-Neuthard ins Gespräch gebracht habe man, so BM Weigt sofort eine sogenannte „Verfahrensrüge“ gegenüber der Bahn verfasst und diese der Bahn zukommen lassen. Diese Verfahrensrüge stützt sich im Wesentlichen auf die Tatsache, dass bei der Auswahl der Grobkorridore die Raumwiderstände im Bereich zwischen Karlsdorf und Neuthard durch die dort liegende Grünzäsur so hoch eingestuft wurden, dass ein Grobkorridor an dieser Stelle ausgeschlossen worden war. Nun wurde durch die Linienführung die allein technischen und wirtschaftlichen Ansätze gefolgt, wieder eine Trassenführung zwischen den Ortsteilen von Karlsdorf und Neuthard eingeplant. Dies sei, so der Bürgermeister ein grober Verstoß gegen die im Dialogverfahren immer wieder betonte Transparenz des Verfahrens. Aus diesem Grunde habe man die Verfahrensrüge erteilt und werde den weiteren Planungsprozess nun ganz genau beobachten. Eine Gütertrasse zwischen den Ortsteilen von Karlsdorf und Neuthard sei nach wie vor, so der Bürgermeister absolut nicht vorstellbar und man werde mit allen Mitteln versuchen, die Linienführung zwischen den Ortsteilen Karlsdorf und Neuthard im weiteren Gang des Verfahrens zu verhindern.

Die klar ablehnende Haltung wird durch das jetzt vorliegende Artenschutzgutachten für das Altenbürgzentrum und durch den Regionalverband deutlich unterstützt. Über den weiteren Gang des Verfahrens wird selbstverständlich im Amtsblatt weiter berichtet. Sehr zufrieden sei man, so der Bürgermeister über die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative „Güterverkehrsstrasse“. Diese Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zur Vermeidung dieser Güterverkehrsstrasse als einschneidendes Element zwischen den beiden Ortsteilen beurteilt der Bürgermeister als ausgesprochen positiv und man werde weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen, um diese mögliche Trennlinie zwischen den beiden Ortsteilen durch die Güterverkehrsstrasse zu verhindern.